



MEDIENINFORMATION

Regierungsrat erfreut über Standortentscheid für Ukraine-Konferenz

Die Schweiz organisiert im Juni 2024 eine internationale Friedenskonferenz zur Ukraine. Als Standort dafür wurde der Bürgenstock in Nidwalden gewählt. Der Kanton ist in die Vorbereitungen involviert.

Der Bund hat heute bekannt gegeben, dass er voraussichtlich Mitte Juni 2024 eine Friedenskonferenz zum Ukraine-Konflikt auf dem Bürgenstock in der Region Nidwalden/Lake Lucerne durchführt. Es werden Delegationen aus bis zu 80 Ländern erwartet. Die Schweiz mit ihren diplomatischen Diensten bei internationalen Konflikten richtet nicht zum ersten Mal ein Treffen zum Ukraine-Konflikt aus. Im Juli 2022 fand in Lugano eine Wiederaufbaukonferenz mit Teilnehmenden aus rund 40 Staaten und von 20 Organisationen statt.

Dass der Bürgenstock als Standort für die Friedenskonferenz ausgewählt worden ist, freut den Nidwaldner Regierungsrat. Das Bürgenstock-Resort mit seiner besonderen Lage, seinem positiven Geist aus früheren Friedenskonferenzen und seiner modernen Infrastruktur eignet sich bestens für internationale Treffen. «Es macht uns stolz, dass unser Kanton als Gastgeber für diese bedeutende Konferenz dient. Der Regierungsrat hat gegenüber dem Bund seine Bereitschaft signalisiert, einen Beitrag zur erfolgreichen Durchführung zu leisten», sagt Frau Landammann Michèle Blöchli und fügt an: «Wir unterstützen jedes Vorhaben, das Verhandlungen über einen Frieden in der Ukraine zum Ziel hat.»

Intensive Zusammenarbeit mit Partnern

Die Unterstützung des Anlasses liegt in erster Linie im Bereich der Sicherheit. So ist die Kantonspolizei Nidwalden federführend zusammen mit Angehörigen der Luzerner Polizei, weiterer Polizeikorps, der Armee und zusätzlichen Partnern dafür zuständig, dass während der Friedenskonferenz die Sicherheit für die Bevölkerung und die Konferenzteilnehmenden gewährleistet ist. Die Vorbereitungen dazu sind bereits angelaufen. «Wir sind überzeugt, dass unsere Vorkehrungen für einen ungestörten Verlauf der Friedenskonferenz sorgen werden. Dies bedeutet eine intensive Zusammenarbeit mit allen involvierten Stellen», hält Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser-Frutschi fest. Es ist davon auszugehen, dass es für die Bevölkerung unmittelbar vor und während der Konferenz zu Einschränkungen kommt, so etwa im

Strassenverkehr, auf Wanderwegen oder im Luftraum. «Bei einem Anlass dieser Grössenordnung sind Einschränkungen unumgänglich. Wir sind jedoch bestrebt, diese so gering wie möglich zu halten», betont Karin Kayser-Frutschi. Über die konkreten Einschränkungen wird der Kanton zu einem späteren Zeitpunkt informieren, zudem werden auf der Webseite www.nw.ch/friedenskonferenz die Informationen regelmässig aktualisiert.

Frau Landammann Michèle Blöchliher blickt der Konferenz zuversichtlich entgegen: «Wenn ein entscheidender Durchbruch zur Friedenslösung im Ukraine-Krieg gerade in unserem Kanton gelingen würde, wäre dies natürlich besonders erfreulich.»

RÜCKFRAGEN

Für politische Fragen:

Michèle Blöchliher, Frau Landammann/Finanzdirektorin, Telefon +41 79 424 64 47.

Für Fragen zur Sicherheit:

Karin Kayser-Frutschi, Justiz- und Sicherheitsdirektorin, Telefon +41 79 782 91 77, beide erreichbar am Mittwoch, 10. April 2024, von 17.00 bis 18.00 Uhr.

Stans, 10. April 2024